

BEITRAG VON
HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER PIRMIN SPIEGEL



ZUM FRIENT PEACEBUILDING FORUM 2014

Sehr geehrte Damen und Herren, Exzellenzen, Botschafterinnen, sehr geehrter Herr
Parlamentarischer Staatssekretär Silberhorn, sehr geehrte Gäste aus nah und fern, liebe
Kolleginnen und Kollegen der FriEnt-Mitgliedsorganisationen und ihrer Partner,

auch mir ist es eine besondere Freude, Sie zu unserer heutigen Veranstaltung „Neue Verantwortung
– Neue Wege?!“ im Kontext entwicklungspolitischer Friedensarbeit begrüßen zu können.

„Neue Verantwortung“ – das Thema des heutigen Abends könnte aktueller kaum sein. Denn
spätestens seit der Münchener Sicherheitskonferenz wird über die neue Verantwortung
Deutschlands in der Welt rege diskutiert.

Leider wurde die Debatte in den letzten Wochen eher verkürzt geführt und „mehr Verantwortung“
vor allem im Zusammenhang mit der Aufstockung deutscher Kontingente bei multilateralen
Militäreinsätzen in Mali, Zentralafrika und anderen afrikanischen Staaten in den Vordergrund
gerückt. Obwohl die Erfahrung zeigt, dass lokale Prozesse in fragilen und von Konflikten
betroffenen Staaten zerbrechlich und anfällig sind für Einflüsse von außen.

Aus der Perspektive einer armutsorientierten Friedens- und Entwicklungspolitik ist gerade das nicht
das Gebot der Stunde. Die Debatte um die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele hat uns
gezeigt, dass gerade in fragilen Staaten und Konfliktländern die Armut wächst. Die überwiegende
Zahl gewaltsam ausgetragener Konflikte findet innerhalb von Gesellschaften statt, in denen kein
gesellschaftlicher Grundkonsens besteht über die Art der anzustrebenden Entwicklung und das
Gewaltmonopol des Staates, die Prinzipien von Herrschaft und die Regeln für ihre Ausübung nicht
akzeptiert sind. Die Herstellung eines Konsenses darüber – unabdingbare Voraussetzung einer
dauerhaft tragfähigen Konfliktlösung – erfordert einen mühsamen innergesellschaftlichen Prozess
unter Beteiligung der Betroffenen, der von außen nur vorsichtig mit einem richtigen Mix aus
diplomatischen, sozialen, wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Maßnahmen unterstützt
werden kann – rechtzeitig und langfristig!

Es ist schon allein deswegen dringend notwendig, eine frühzeitige und stabilisierende Hilfe, die
sich an dem Primat der zivilen Konfliktbearbeitung orientiert, wieder in den Vordergrund zu rücken.

Und es ist wichtig, sich der eigenen – auch extraterritorialen – Verantwortung bewusst zu sein.
Internationale Verantwortung fängt im Inland an – dort, wo es um die eigenen Politiken und deren
Auswirkungen auf Dritte, gerade auf die Ärmsten geht. Lassen Sie mich das kurz an den Beispielen
Ressourcenverbrauch, Konsummuster und Klimawandel andeuten:

Einen nicht unerheblichen Einfluss auf lokale Konfliktdynamiken hat Deutschland, z.B. als wichtiger
Wirtschaftsakteur. Der hohe Bedarf der deutschen Wirtschaft am Import wichtiger Rohstoffe birgt
die Gefahr, dass in den Abbauländern durch Konkurrenzen Konflikte neu entstehen oder verschärft
werden. Deutschland sollte daher – wie von den Vereinten Nationen gefordert – einen nationalen
Aktionsplan zur Umsetzung der 2011 verabschiedeten UN Leitlinien für Wirtschaft und
Menschenrechte erarbeiten. Das kann Konflikten vorbeugen – und dient letztlich auch dem

Interesse der im Ausland tätigen Unternehmen.

Unser Konsummodell hat zum Beispiel im Muster der Fleischproduktion und der damit einhergehenden Flächenverbräuche ebenfalls einen Einfluss auf konfliktschaffende Verhältnisse in anderen Kontinenten (Flächenkonkurrenz).

Das Gleiche gilt für die Herausforderung und Verursachung des Klimawandels, der zunehmend nicht nur in fragilen Staaten zu Umweltkrisen führt und den Kampf um knappe Ressourcen verschärft, womit er Potential für eskalierende und extremistische Gewalt bietet.

Konsequent mehr Verantwortung in der Außenpolitik zu übernehmen, muss daher auch Konsequenzen für andere Politikbereiche haben: Faire Handelsbeziehungen, überzeugende Klimapolitik und die Eindämmung der Rüstungsexporte erscheinen mir als wesentliche Eckpfeiler einer umfassenden Friedenspolitik (Kohärenz).

Aber ist diese Verantwortung tatsächlich so neu wie sie dargestellt wird? Bereits 2011 hat eine Gruppe internationaler Experten in Maastricht die staatliche Verantwortung zur Übernahme extraterritorialer Pflichten für Achtung, Schutz und Gewährleistung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte definiert. Deren Umsetzung ist eine wesentliche Voraussetzung für dauerhaften Frieden und Entwicklung. Auch das langfristige Eintreten vieler Organisationen für die Einhaltung des 2 Grad-Ziels zur Eindämmung des Klimawandels gehört für mich dazu.

Und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) übernehmen – zusammen mit ihren Partnern in Asien, Afrika und Lateinamerika – schon seit langer Zeit Verantwortung im globalen Rahmen. Jede FriEnt-Mitgliedsorganisation engagiert sich auf ihre eigene Weise für Frieden und Entwicklung. Gerade diese vielfältigen Perspektiven und Erfahrungen wollen wir für eine gemeinsame und produktive Auseinandersetzung mit den Themen Frieden und Entwicklung nutzen.

Für Misereor z.B. gehört es dazu, dass sich in und nach Konflikten das Augenmerk sowohl auf die Betroffenen und ihre Traumaerfahrungen richtet und gleichzeitig die Aufarbeitung der Ursachen von Konflikten und die Schaffung neuer – auch wirtschaftlicher – Perspektiven in den Blick nimmt.

Es liegt in unserer Verantwortung, unsere eigenen Ansätze und unseren Dienst als Partner kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Wir freuen uns daher darauf, dies im Rahmen des FriEnt Peacebuilding Forums zu tun, gemeinsam mit dem Rat und der Kompetenz unserer Partner.

Ich freue mich, dass wir so hervorragende Gäste für die Diskussion am heutigen Abend gewinnen konnten. Wir sind ihnen dankbar, dass sie den teils weiten Weg auf sich genommen haben, um mit uns ihre Perspektiven auf die Rolle deutscher Akteure zu teilen.